

Germany-Saarbrücken: Engineering services

OJ S 199/2022 14/10/2022

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Regionalverband Saarbrücken

Postal address: Schlossplatz 1-15

Town: Saarbrücken

NUTS code: DEC01 Regionalverband Saarbrücken

Postal code: 66119

Country: Germany

E-mail: zvm@rvsbr.de

Internet address(es):

Main address: www.rvsbr.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E85375117>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E85375117>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Neubau, Umbau und Sanierung der Gemeinschaftsschule Quierschied (Los 3)

II.1.2. Main CPV code

71300000 Engineering services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Der Regionalverband Saarbrücken (Auftraggeber) beabsichtigt Planungsleistungen für den Neubau, den Umbau und die Sanierung der Gemeinschaftsschule Quierschied, Leistungsphasen 1 bis einschließlich 6 des Leistungsbildes der Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 zur HOAI zu vergeben.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEC01 Regionalverband Saarbrücken

Main site or place of performance: D-66287 Quierschied

II.2.4. Description of the procurement

In der Regionalversammlung vom 29.06.2017 wurde die Umwandlung der Gemeinschaftsschule in eine gebundene Ganztagschule beschlossen. Seit dem Schuljahr 2019 /20 befindet sich die gebundene Ganztagschule Quierschied im Aufbau. Bis zum Jahr 2023 wird die Schule ihr Ziel erreicht haben und es werden in der Ganztagschule ca. 425 Kinder unterrichtet werden. Die Schule entspricht nicht mehr den energetischen und pädagogischen Ansprüchen. Für den Ausbau zu einer Ganztagschule ist insbesondere die Neuorganisation der Klassenraumstruktur erforderlich.

Um das pädagogische Konzept der Ganztagschule umzusetzen müssen Lernlandschaften, Differenzierungsräumen, Freizeiträumen, Erweiterung des Verpflegungsbereichs (Speisesaal und Küche) geschaffen und die Biologie-, Physik- und Chemieräume umstrukturiert und erneuert werden.

Die haustechnischen Anlagen des Bestandsgebäudes, insbesondere die Elektroanlage und die WC Anlagen im Erd- und 1. Obergeschoss müssen erneuert werden. Die Verkabelung für die Digitalisierung muss parallel zur Sanierung erfolgen. Der Gebäudekomplex der Halle mit dem dreigeschossigen Vorbau wurden statisch untersucht, die tragende Konstruktion befindet sich in einem sehr guten Zustand, lediglich die Räume im Untergeschoss unterhalb des Schulhofs sind feucht und bei weiterer Nutzung muss eine Betonsanierung erfolgen. Im Bereich der Heizungszentrale und des Kriechkellers befinden sich auch einige Stellen, die saniert werden müssen.

Die statische Substanz des Schwimmbades weist keine Schäden auf, dahingehend wurde eine Chlorid Untersuchung durchgeführt (siehe Vergabeunterlagen) um auszuschließen, dass der Stahl durch das Chlor angegriffen wurde.

Ein Versorgungsschacht, der in Höhe des 2. Untergeschosses parallel zur Halle verläuft und der Haustechnikraum, müssen erhalten bleiben.

Das Untergeschoss im Bereich des Schulhofs und des Kohlebunkers wurde statisch überprüft und kann ein- bzw. zweigeschossig überbaut werden. Die Sanierung im Schulgebäude (Barrierefreiheit, Brandschutz, digitale Infrastruktur) kann nur abschnittsweise erfolgen, die Auslagerung der Klassenräume in den Neubau ist hierzu Voraussetzung. Gefordert ist ein gestalterisches Gesamtkonzept für den Bereich Turnhalle und Schulgebäude unter Einbezug der bereits sanierten Hülle der Schule.

Die Umsetzung der Baumaßnahme ist in Bauabschnitte und bei laufendem Schulbetrieb vorgesehen.

1. Bauabschnitt:

- Neubau als Erweiterungsanbau für Klassenräume, Naturwissenschaftliche Räume, Verwaltungstrakt

- Sanierung Turnhalle und Umbau Schwimmbad zu Mensa, Freizeiträumen und Musikräumen

2. Bauabschnitt:

- Sanierung Bestandsgebäude

Folgende Punkte sollen berücksichtigt werden:

- Entwicklung von Grundriss- und Gebäudestrukturen, die die bestmögliche Funktionalität für die Bauaufgabe bieten.
 - Ressourcensparende Konstruktion durch ein angemessenes Tragwerk, Gebäudekubatur
 - Minimierung des Energiebedarfs und der Energiekosten – auch unter Berücksichtigung von Kosten für die Wartung und Erneuerung von technischen Anlagen
 - Baustoffkonzept, das alle Aspekte des nachhaltigen Bauens berücksichtigt
 - Barrierefreie Erschließung des Schulgebäudes und der Turnhalle
 - städtebaulich und schulbaulich ansprechende Gestaltung.
- Nähere Details zu den Zielvorstellungen ergeben sich aus der Baubeschreibung und aus dem Raumprogramm (siehe Vergabeunterlagen).

Folgende Fristen und Termine sind vorgesehen:

1. Bauabschnitt - Neubau als Erweiterungsanbau und Sanierung Turnhalle und Schwimmbad:

Beginn Planung: unmittelbar nach Beauftragung;

Baubeginn: 4. November 2024;

Fertigstellung: 15. Dezember 2026;

2. Bauabschnitt - Umbau Bestandsschulgebäude:

Beginn Planung: unmittelbar nach Beauftragung;

Baubeginn: 4. Januar 2027;

Fertigstellung: 31. März 2028;

Beginn Planung: unmittelbar nach Beauftragung;

Fertigstellung Planung: gemäß dem noch zu erstellenden Terminplan, in Abstimmung mit den weiteren Planungsbeteiligten zur Sicherstellung der vorgenannten Termine.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Qualität / Weighting: 40 %

Quality criterion - Name: Teamwertung / Weighting: 30 %

Cost criterion - Name: Honorarangebot / Weighting: 30 %

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 18

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

II 2.11) 1. Es ist eine stufenweise Beauftragung der in Ziffer II.1.4) bezeichneten Leistungen vorgesehen. Nähere Erläuterungen befinden sich unter Ziffer 3.2. ff. des Vertrages (siehe Vergabeunterlagen).

II 2.11) 2. Der AG beauftragt im Bedarfsfalle folgende besondere Leistungen für beide Bauabschnitte:

Besondere Leistung der Leistungsphase 2:

- o Aufstellen von Vergleichsberechnungen für mehrere Lösungsmöglichkeiten unter verschiedenen Objektbedingungen.

Besondere Leistung der Leistungsphase 3:

- o Mehraufwand bei Sonderbauweisen oder Sonderkonstruktionen, zum Beispiel Klären von Konstruktionsdetails.

Besondere Leistungen der Leistungsphase 4:

- o Nachweise zum konstruktiven Brandschutz, soweit erforderlich unter Berücksichtigung der Temperatur (Heißbemessung);
- o Statische Nachweise an nicht zum Tragwerk gehörende Konstruktionen (zum Beispiel Fassaden).

Besondere Leistung der Leistungsphase 5:

- o Rohbauzeichnungen im Stahlbetonbau, die auf der Baustelle nicht der Ergänzung durch die Pläne des Objektplaners bedürfen.

Nähere Erläuterungen befinden sich unter Ziffer 3.3. ff. des Vertrages (siehe Vergabeunterlagen).

Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der optionalen Leistungen besteht nicht.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1.1. Nachweis der Vertretungsmacht des Unterzeichners:

- Bei juristischen Personen (bspw. im Falle einer Kapitalgesellschaft) durch Vorlage eines aktuellen Handelsregistrauszugs oder vergleichbaren Registers des Herkunftslandes.
- Bei Personengesellschaften (bspw. GbR, Partnergesellschaften, Kommanditgesellschaften) durch Vorlage einer entsprechend unterzeichneten Eigenerklärung oder einer Vollmacht.

1.2. Im Falle einer Arbeits-/Bietergemeinschaft: Die Gemeinschaft hat in einer Erklärung zum Angebot sämtliche Mitglieder der Gemeinschaft zu benennen und eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Erklärung muss angeben, dass alle Mitglieder der Gemeinschaft im Falle der Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften. Diese muss von allen Mitgliedern der Gemeinschaft unterzeichnet sein.

1.3. Erklärung des Bieters, dass die Umsetzung der freiberuflichen Leistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, § 73 Abs. 3 VgV.

1.4. Eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB.

1.5. Eine Eigenerklärung zum Mindestlohn.

1.6. Eine Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und fairen Löhnen für die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen.

1.7. Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ gemäß § 75 Abs. 2 VgV oder nach der EU-Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255, S. 22, ber. ABl. 2007 L 271, S. 18, ABl. 2008 L 93, S. 28, ABl. 2009 L 33, S. 49, ABl. 2014 L 305, S. 115), zuletzt geändert durch Art. 1 B (EU) 2020/548 vom 23.01.2020 (ABl. L 131 S. 1).

1.8. Juristische Personen, Partnerschaftsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der zu übertragenden Leistungen verantwortliche Berufsangehörige benennen und deren Qualifikation gemäß Ziffer 1.7. nachweisen.

1.9. Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage der in Ziffer 1.1. bis 1.8. genannten Angaben, Erklärungen und Nachweise zu einem späteren Zeitpunkt auch für Nachunternehmen zu verlangen. Er behält sich weiterhin vor, die Verpflichtungserklärung der Nachunternehmen zu verlangen.

1.10. Im Falle einer Bietergemeinschaft hat jedes einzelne Mitglied die unter den Ziffern 1.1. bis 1.9. geforderten Nachweise vorzulegen.

1.11. Wird von § 47 Abs. 1 VgV Gebrauch gemacht, ist Folgendes zu beachten und vorzulegen: Sofern Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie technische berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, muss der Bieter nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, müssen die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen. Zudem dürfen keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Hinsichtlich der Art und Weise der Nachweiserbringung, hat der Bieter die freie Wahl. Der Nachweis kann beispielsweise als Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens erbracht werden.

„§ 47 Abs. 1 VgV Eignungsleihe Ein Bewerber oder Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt.“ 1.12. Alle Erklärungen/Nachweise sind in deutscher Sprache vorzulegen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Vorlage der Bestätigung oder des Bestehens einer Berufshaftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 2.000.000,00 € sowie für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 2.000.000,00 € jeweils je Versicherungsfall. Die Beträge müssen je Versicherungsjahr zweifach zur Verfügung stehen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

3.1. Referenzen:

Mindestens 3 Referenzprojekte aus den letzten 10 Jahren (abgeschlossen nach dem 1. Januar 2012) für den Neubau, Umbau oder die Sanierung im Bereich der Tragwerksplanung § 51 HOAI in Verbindung mit Anlage 14.1 zu § 51 Abs. 5 HOAI.

Dabei muss der Bieter in der Gesamtheit der von ihm vorgelegten Referenzprojekte nachweisen, dass insgesamt folgende Mindestanforderungen erfüllt sind:

- Mindestens ein Neu- oder Erweiterungsbau mit mind. 1.500 m² Bruttogrundfläche (BGF);
- ein Projekt mit Einstufung mindestens in die Gebäudeklasse 4;
- vollständig erbrachte Leistungsphasen 1 bis 6;
- ein Gebäude für einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB.

Hierzu sind die folgenden projektbezogenen Angaben zu jedem Referenzprojekt zu machen:

- Auftraggeber mit Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer;

- Bezeichnung des Referenzprojekts;
- Datum (Tag) der Inbetriebnahme des Referenzprojekts;
- Angabe der Bruttogrundfläche (BGF) in m²;
- Auflistung der erbrachten Leistungen nach Leistungsphasen und Leistungszeiträumen;
- Angabe der Gebäudeklasse.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ gemäß § 75 Abs. 2 VgV oder nach der EU-Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255, S. 22, ber. ABl. 2007 L 271, S. 18, ABl. 2008 L 93, S. 28, ABl. 2009 L 33, S. 49, ABl. 2014 L 305, S. 115), zuletzt geändert durch Art. 1 B (EU) 2020/548 vom 23.01.2020 (ABl. L 131 S. 1).

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 10/11/2022 Local time: 10:30

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 10/01/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 10/11/2022 Local time: 11:30

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

VI.3.1) Die Vergabeunterlagen erhalten Sie ausschließlich als Download unter dem in Ziffer I. 3) genannten Link. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post.

VI.3.2) Für die Angebotsabgabe sind die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Angebotsschreiben, Angebotsbogen und das Formblatt für Honorarangebot zu verwenden.

VI.3.3) Rückfragen von Bietern werden nur über die Plattform subreport ELVIS (Link in Ziffer I. 3)) entgegengenommen und von der Vergabestelle über die vorgenannte Plattform beantwortet. Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt.

VI.3.4) Es wird darum gebeten, Rückfragen bis spätestens 03.11.2022 bei der Vergabestelle einzureichen.

VI.3.5) Bieterinformationen zum Vergabeverfahren (z. B. die Beantwortung von Rückfragen) werden fortlaufend unter dem in Ziffer I.3) genannten Link geführt. Bieter haben sich unaufgefordert darüber informiert zu halten.

VI.3.6) Die Kosten für Angebot und die Bearbeitung werden nicht erstattet.

VI.3.7) Die Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform gemäß § 53 VgV zu übermitteln. Angebote von Bietern, die nicht in elektronischer Form eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV). Eine unverschlüsselte Angebotsabgabe führt zum zwingenden Ausschluss des Angebots.

VI.3.8) Die in Ziffer II.2.7) genannte Vertragslaufzeit stellt eine voraussichtliche Frist dar. Es gelten die in § 7 Ziffer 7.3. des Vertrages genannten verbindlichen Vertragstermine.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammern des Saarlandes

Postal address: Franz-Josef-Röder-Straße 17

Town: Saarbrücken

Postal code: 66119

Country: Germany

E-mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Telephone: +49 6815014994

Fax: +49 6815013506

Internet address: https://www.saarland.de/mwaev/DE/themen-aufgaben/weitere_aufgaben/vergabekammern/vergabekammern_node.html

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;
(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am öffentlichen Auftrag hat oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammern des Saarlandes

Postal address: Franz-Josef-Röder-Straße 17

Town: Saarbrücken

Postal code: 66119

Country: Germany

E-mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Telephone: +49 6815014994

Fax: +49 6815013506

Internet address: https://www.saarland.de/mwaev/DE/themen-aufgaben/weitere_aufgaben/vergabekammern/vergabekammern_node.html

VI.5. Date of dispatch of this notice

10/10/2022